



Presseinformation KrankenhausEntscheid Essen

Gefährder im Essener Norden: Contilia!

Während die Zahl der Coronainfizierten unverändert hoch ist und die Krankenhäuser bei knapper werdenden Ressourcen dazu übergehen planbare Operationen zu verschieben oder in manchen Städten Planungen für Behelfskrankenhäuser vorgenommen werden, hält die Contilia unverändert an ihrer gefährdenden Schließungspolitik fest.

Das Vincent Krankenhaus in Stoppenberg soll zum Jahresende schließen und so wie man hört, die Notfallpraxis am Marienhospital schon zum Ende des Monats.

Sind die Menschen im Essener Norden schon zu Nicht-Pandemiezeiten nicht überversorgt gewesen mit einer wohnortnahen und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung, so schafft die Contilia Geschäftsführung mit ihrer Unternehmensstrategie jetzt eine gefährliche Versorgungslücke!

Diese Gefährder müssen gestoppt werden!

Doch die Verantwortlichen ducken sich weg, namentlich z.B. Bischof Overbeck und das Aufsichtsratsmitglied Thomas Stauder. Die neugewählten Ratsmitglieder lassen sich die Pläne der Contiliagruppe präsentieren und schweigen!

Der OB Kufen befindet die Pläne zunächst gut, dann beklagt er die zügige Umsetzung und schwadroniert unverändert über Möglichkeiten der Digitalisierung.

Er behindert weiter das Bürgerbegehren mit dem die Stadt befähigt werden soll, gesundheitspolitische Weichenstellungen vorzunehmen, in dem er die Kostenschätzung vorenthält. Seit Juli!

Nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz ist eine patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung durch Krankenhäuser sicherzustellen. Dies ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.

Dem folgend fordert das Bürgerbegehren, dass die Stadt Essen eine gGmbH gründen soll, die zur Förderung der Gesundheitsversorgung in Essen die Klinikstandorte übernehmen soll und somit die Gesundheitsversorgung sichert.

Die Menschen im Essener Norden wissen sehr wohl, dass ihre Gesundheitsversorgung auf dem Altar der Ökonomisierung des Gesundheitswesens geopfert werden soll.

Sie sollen nach dem Willen der Stadtspitze auch nicht in die Lösung dieser Situation miteinbezogen werden.

Doch die Proteste brechen nicht ab.

Essen, 15. November 2020

Jutta Markowski
Petra Bäumler-Schlackmann
Hans Peter Leymann-Kurtz